

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 14. März, 19.00 bis 20.45 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend:

Antenen Peter, SP	Lehmann Stefan, SVP
Arm Alfred, SP	Mader Mélanie, SP
Balz Christian, FDP	Maibach Urs, GB
Bichsel Bernhard, jfk	Mooser Barbara, FDP
Bühler Evelyn, FDP	Moser Hans, SVP
Burren Christian, parteilos	Riesen Anton, FDP
Bussard Lorenz, SVP	Rohrbach Verena, SVP
Caminada Ignaz, CVP	Salvisberg Ulrich, SVP
Deuber Beat, SP	Schori Peter, SD
Deutsch Sandra, FDP	Schörlin Marlise, SP
Egli Claudia, SP	Sedlmayer Katrin, SP
Graber Martin A., SP	Stähli Markus, SVP
Gysel Hermann, EVP	Staub Hugo, SP
Hänni Thomas, FDP	Staub Stephanie, SP
Haudenschild Rita, GB	Streff Marco, EVP
Henggi Harald, FDP	Troxler Elisabeth, SP
Hofer Niklaus, SVP	Vifian Christian, SP
Krebs Daniel, SVP	Wyss Ursula, LdU
Lagger Valentin, CVP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Giger Beat, SD

Gemeinderat

Mentha Luc, Gemeindepräsident	Streff Marianne, EVP
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident	Studer Ueli, SVP
Berger Verena, SP	Wilk Urs, FDP
Sommaruga Simonetta, SP (ab Geschäft Nr. 9)	

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	11
2. Kommissionsersatzwahlen	11
3. Reglement über Abstimmungen und Wahlen, Erlass Reglement / Botschaft; Präsidial- und Finanzdirektion	12
4. Grundwasserfassung Selhofen, Landerwerb Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe.....	12
5. Motion SP betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz Erstreckung Erfüllungsfrist 0204; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	13
6. Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates Erstreckung Erfüllungsfrist 0208; Präsidial- und Finanzdirektion.....	14
7. Motion bzw. Postulat SP betr. Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen anpassen Erfüllung und Abschreibung 0212; Präsidial- und Finanzdirektion	14
8. Motion Deuber/Sedlmayer Anschaffung "Tageskarte Gemeinde" SBB Erfüllung und Abschreibung 0309; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	15
9. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Schulwegsicherung Haltenstrasse Erfüllung und Abschreibung 0321; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	15
10. Motion Wyss (LdU) betr. Richterliches Verbot Eichholz Beantwortung 0416; Polizeidirektion.....	16
11. Motion Wyss (LdU) betr. Fahrverbot mit Zubringerdienst für das Eichholzquartier Beantwortung 0417; Polizeidirektion.....	17
12. Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz Beantwortung 0420; Direktion Gemeindebauten	18
13. Postulat Salvisberg (SVP) betr. Sanierung / Korrektion Schwarzenburgstrasse Beantwortung 0422; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	19
14. Interpellation jfk betr. Radarfallen auf privatem Grund Beantwortung 0426; Polizeidirektion.....	19
15. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Alteisen-Geld Beantwortung 0430; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	19
16. Sitzordnung des Parlamentes	19
17. Köniz wird Standort des "Swisscom Business Park Köniz" Mündliche Orientierung durch den Gemeindepräsidenten	20
18. Verschiedenes	21

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch zur heute etwas verspätet beginnenden Parlamentssitzung. Mein Ziel ist es, wenn irgend möglich die ganze Traktandenliste heute Abend durcharbeiten zu können. Wie es im Moment aber aussieht, wird eine Überraschung die Planung der heutigen Sitzung über den Haufen werfen.

Appell

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig.

Die Parlamentspräsidentin: Folgendes Rücktrittsschreiben ist eingetroffen: "Liebe Judith, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor gut sieben Jahren hat für mich im Könizer GGR ein neuer Lebensabschnitt angefangen. Parteipolitisch noch nicht gebunden, hatte ich mich erst kurz vor den Gemeindewahlen im 1997 entschliessen können, beim Grünen Bündnis meine politische Heimat zu finden. Kurz darauf bin ich mit der Wahl in den GGR zu meinem Mandat gekommen. Nun steht mein nächster grosser Schritt bevor. Ab der Aprilsession werde ich im Grossen Rat versuchen, in der kantonalen Politik mitzureden und sie mitzugestalten. Politisieren im Könizer Parlament habe ich als Herausforderung verstanden, in unserer Gemeinde etwas mitbewegen zu können. Bei einigen Ideen wusste ich im Voraus, dass sie bei kaum jemandem auf Verständnis stossen würden, andere hingegen wollte ich umzusetzen versuchen. Ich lernte die Vielseitigkeit der Parlaments- und Kommissionsarbeit schätzen, lernte zu lobbyieren und Mehrheiten zu suchen, lernte Freude an den Erfolgen zu haben und den Frust der doch einigen Misserfolge hinunterzuschlucken. Ich habe es sehr geschätzt, meinen politischen Einstieg im näheren Lebensumfeld, in der Gemeinde, machen zu können, da Mitreden und Mitgestalten konkret und fassbar ist. Ob die kantonale Ebene Gestaltungsspielraum zulässt, dieser Frage sehe ich mit Spannung entgegen. Ich wünsche euch allen weiterhin viel Elan, die Geschicke in unserer Gemeinde mitzugestalten, wünsche euch ein bisschen Streitlust, aber auch die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit politisch Andersgesinnten: Parlamentsarbeit mit Salz und Pfeffer, aber auch Parlamentsarbeit am runden Tisch. Es grüsst euch herzlich, Rita Haudenschild". Liebe Rita, wir zwei haben das Heu bekannterweise nicht auf derselben Bühne, deines ist etwas grüner, aber du hast meinen uneingeschränkten Respekt und meine Anerkennung für dein engagiertes Wirken, denn gerade in einer kleinen Fraktion hängt die ganze Vorbereitung für die Parlamentssitzungen an einigen Wenigen. Du hast die Dossiers immer gründlich studiert, recherchiert und bist so immer perfekt vorbereitet zu den Sitzungen erschienen, sei es in der GPK oder im Parlament. Im Namen des Parlamentes danke ich dir herzlich für dein Wirken und wünsche dir viel Gutes für die Zukunft.

Herr Urs Maibach (GB): Rita, du bist vor siebeneinhalb Jahren in den GGR gewählt worden, kurz zuvor stiessst du zum Grünen Bündnis, das heisst, du hast es gleich bei deinen ersten Wahlen überhaupt geschafft. Zwei Jahre später wurdest du in die GPK gewählt und auch dort bist du seit nunmehr fünf Jahren dabei. Während der ganzen Zeit hast du dich mit viel Herzblut und Akribie für die grünen wie auch sozialen Themen im GGR eingesetzt. Bei diesen Themen kam auch der Drang zum Vorschein, zu allem etwas zu sagen; du standest sehr oft hier vorn am Pult und vertratst deine Meinungen und vor allem versuchtest du, die anderen davon zu überzeugen. Ab und zu hast du mit deinen Voten ein leichtes Kopfschütteln oder gar Lächeln geerntet, ich nehme aber an, dass deine Voten nicht richtig verstanden wurden. Daneben konntest du einige ganz schöne Erfolge verbuchen, ich denke an die Motion Tempo 30 auf Quartierstrassen, an den Kindergarten für Fünfjährige; aber auch den Naturpark Köniztal haben wir dir zu verdanken. Wenn es darauf angekommen ist, versuchtest du immer, Mehrheiten zu suchen, zu lobbyieren, Kontakte zu knüpfen. Uns werden die amüsanten Wortwechsel über grüne oder weniger grüne Themen mit alt Gemeinderat Walo Hänni in Erinnerung bleiben. Du verlässt uns heute nicht etwa, weil du genug von der Politik hast, sondern weil du die Nachfolge der in den Berner Gemeinderat gewählten Regula Rytz im Grossen Rat übernimmst. Du trittst dort in Fussstapfen, welche einen erfolgreichen Weg aufzeichnen und wir hoffen, dies sei auch für dich ein gutes Omen. Ich spreche dir hier im Namen des Grünen Bündnisses nochmals herzlichen Dank für all deine geleistete Arbeit aus und wünsche Dir - auch im Namen des Parlamentes - alles Gute für dich, deine Familie und vor allem für die politische Zukunft. Damit du etwas nach Hause tragen kannst, übergebe ich dir einen Blumenstrauss. (Applaus).

Die Parlamentspräsidentin: Im Januar haben wir unsere Sitzungsgelder dem Ernährungsprojekt der UNICEF für das Ernährungsprojekt gespendet, beim Sekretariat ist ein Dankeschreiben eingetroffen, das ich auszugsweise vorlese: "Herzlichen Dank, am 14. Februar 2005 durften wir von Ihnen die Sitzungsgelder vom 14. Januar 2005 als grosszügige Spende im Betrag von 2'590 Franken entgegen nehmen. Ihrem Beschluss, diese Gelder an UNICEF zu spenden, lag die Überlegung zu Grunde, dass während für das Seebeben gesammelt wurde, möglicherweise andere Bedürftige vergessen oder weniger grosszügig als sonst üblich unterstützt wurden. Wir freuen uns über ihr Engagement und danken Ihnen allen herzlich für Ihre Unterstützung für UNICEF-Projekte im Bereich Ernährung. Euer grosszügiges Engagement ermöglicht es UNICEF, diese wichtige Arbeit konsequent fortzusetzen. Dafür danke ich euch auch im Namen der Kinder herzlich. Mit freundlichen Grüssen, Schweizerisches Komitee für UNICEF, Elisabeth Müller, Geschäftsleiterin.

Am 2. Mai 2005, vor der Parlamentssitzung, findet die Schulung über Finanzfragen hier in der Aula von 16.30 bis spätestens 18.30 Uhr statt. Die Einladungen wurden heute verteilt. Damit niemand Hunger leiden muss, werden Sandwiches und etwas zu Trinken organisiert.

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 14. Januar 2005 wird mit folgender Ergänzung am Schluss genehmigt:

Die Parlamentspräsidentin: Ihr erinnert euch sicher, dass eine Abordnung unseres Parlamentes im letzten Sommer vom Parlament Biel eingeladen worden war. Wir möchten uns mit einer Gegeneinladung revanchieren. Die Idee eines Freundschafts-Fussballmatches stand im Raum; nach der Behandlung der Interpellation der jfk ist allerdings fraglich, ob wir in der Gemeinde Köniz einen Rasenplatz für diesen Anlass finden werden. Näheres über dieses Projekt werdet ihr schon bald erfahren.

Während der Festtage setzte ich mich eingehend damit auseinander, wo die grössten Probleme im Parlament zu orten sind. Ihr ahnt es, wir haben ein ernsthaftes "Sitzproblem". Nachdem die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ihren Platz gefunden haben, geht es nun im Parlament weiter: Wer gehört wohin? Wer gehört in die Nähe von wem? Soll nur eine Partei immer frieren müssen oder im Sinne der Gleichberechtigung jedes Jahr eine andere? Wer darf - von hinten her gesehen - den Überblick haben? Immer nur die FDP und die SVP? Ist eine solch bürgerliche Bevorzugung gerecht? Ich fasste eine mehrtägige Klausur des Büros ins Auge, in Anbetracht des volkswirtschaftlichen Schadens, der durch die Abwesenheit am Arbeitsplatz entstehen würde, sah ich aber davon ab. Aus diesem Grund entschied ich, dass dieses schwierige Problem nur gemeinsam gelöst werden kann, indem wir das "Sitzproblem" für die nächste Sitzung traktandieren. Ich hoffe, ihr behandelt das Problem in euren Fraktionen mit den notwendigen Seriosität.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, werden gewählt:

- Als Mitglied der Schulkommission für die Sekundarstufe I Liebefeld: Herr Markus König, Buchseeweg 14a, 3098 Köniz (SP), anstelle von Frau Jolanda Jenzer, Niederscherli, ab sofort.
- Als Mitglied der Primarschulkommission Mittelhäusern: Frau Monika Wittwer-Vögeli, Riedholzweg 32, 3147 Mittelhäusern (SP), anstelle von Frau Ines Gross, Mittelhäusern, ab 1. August 2005
- Als Mitglied der Koordinationskommission: Frau Monika Wittwer-Vögeli, Riedholzweg 32, 3147 Mittelhäusern (SP), anstelle von Frau Ines Gross, Mittelhäusern, ab 1. August 2005
- Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission: Herr Urs Maibach (GB), anstelle der aus dem Parlament zurücktretenden Frau Rita Haudenschild.

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Reglement über Abstimmungen und Wahlen

Reglement; Präsidual- und Finanzdirektion

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Bei dieser Vorlage soll das geltende Abstimmungs- und Wahlverfahren in die korrekte juristische Form gebracht werden. Grundsätzlich soll es nicht geändert werden. Einzig zwei Änderungen werden vom Gemeinderat vorgeschlagen. Die Eine betrifft das Nachrutschen bei einem Rücktritt während der Legislatur, die Zweite ist auf Seite 3 Ziffer 3.2 beschrieben: Dort steht in der Überschrift, dass die Wahl in den Gemeinderat Voraussetzung für eine mögliche Wahl in ein Vollamt oder das Gemeindepräsidium ist. Art. 47 Abs. 1 hat in unserem Reglementsvorschlag einen ganz unmissverständlichen Text: "In das Vollamt können nur Personen gewählt werden, die aus der Gemeinderatsliste in den gesamten Gemeinderat gewählt werden". Wir haben, gestützt auf Fragen von Parlaments- und Exekutivmitgliedern, die nach der GPK-Debatte aufgetaucht sind, realisiert, dass nicht alle Gemeinderatsmitglieder die volle Tragweite der Bestimmung von Art. 47 erkannt haben. Weil wir euch eine Vorlage präsentieren wollen, hinter welcher der Gemeinderat geschlossen stehen kann, haben wir unmittelbar vor der heutigen Sitzung beschlossen, diese Fragen nochmals zu analysieren und euch allenfalls zu Art. 47 Abs. 1 einen neuen Vorschlag zu bringen. Aus diesem Grund möchte der Gemeinderat das Geschäft auf die nächste Sitzung verschieben und zieht es in diesem Sinne zurück. Ich hoffe, dass die GPK eine Möglichkeit findet, diesen allenfalls geänderten Teil bis nächsten Montag nochmals anzuschauen. Die Ausgangslage ist sonst klar, es wird eine spannende Debatte geben. Die Diskussion sollte rasch stattfinden können. Wollen wir die Gemeindewahlen im November mit den neuen Grundlagen durchführen, muss die Volksabstimmung über das Reglement im Juni stattfinden.

Die Parlamentspräsidentin: Das bedeutet, dass nächsten Montag eine Parlamentssitzung stattfinden wird, denn wir können dieses Traktandum nicht weiter hinaus verschieben, da sonst die Grundlagen für die Wahlen im November fehlen.

Das Geschäft wird vom Gemeinderat zurückgezogen.

4. Grundwasserfassung Selhofen, Landerwerb Schutzzone

Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe

Frau Rita Haudenschild (GB, GPK-Sprecherin): Dieses Geschäft wird uns vorgelegt, weil die Konzession für die Grundwasserfassung Selhofen Ende Juni 2005 abläuft. Die Gemeinde Köniz kann nun dieses Land, das ihr von der Gemeinde Bern bisher nur im Baurecht zur Verfügung gestellt wurde, kaufen. Die Aussicht auf eine Konzessionserneuerung ist viel grösser, wenn wir im Besitz dieses Landes sind, und das sehr gute, qualitativ hochstehende Grundwasser wird uns weiterhin zur Verfügung stehen. Ein weiterer Grund, weshalb sich die Gemeinde Köniz für den Erwerb dieses Land interessierte, ist folgender: Als vor ein paar Jahren die Aare Hochwasser führte und das ganze Belpmoos bis zum Selhofen-Zopfen überflutete, haben sowohl das Naturschutzinspektorat des Kantons Bern wie auch Naturschutzorganisationen vorgesehen, das Auenschutzgebiet zu erweitern. Die Gemeinde Köniz hat als Besitzerin dieses Landes bessere Karten, um sich an den Diskussionen zu beteiligen und Entscheide mitzutragen.

Die Gemeinde kann dieses Land zu einem Quadratmeterpreis von 4 Franken erstehen, das ist ein in der Landwirtschaft üblicher Preis. Damit das Geschäft - Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks - überhaupt getätigt werden kann, musste eine Bewilligung des Regierungsstatthalters eingeholt werden. Ich bitte euch, diesem Landerwerb zuzustimmen und das vorliegende Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates zu beschliessen.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich benutze die Gelegenheit, unserer "GPK-Gotte", Frau Rita Haudenschild, die unsere Geschäfte jeweils sehr detailliert anschaute, alles Gute für die Zukunft zu wünschen.

Dem von Rita Haudenschild zu diesem Geschäft Gesagten kann ich zustimmen, dieses Geschäft ist für die Gemeinde Köniz strategisch enorm wichtig für die Zukunft. Ich bitte euch, ihm zuzustimmen.

Eintreten

Herr Niklaus Hofer (SVP): Bei diesem Geschäft geht es nicht darum, ob die Gemeinde Köniz ihre Fläche um 17 Hektaren erweitern kann, sondern der SVP ist klar, dass mit diesem Landerwerb die Wasserversorgung auf Jahrzehnte hinaus gesichert wird. Auf Seite 1 des Berichtes und Antrages ist ersichtlich, dass 53 Prozent des in der Gemeinde Köniz benötigten Wassers im Selhofen beschafft werden. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion diesem Geschäft zu.

Herr Peter Antenen (SP): Qualitativ gutes Trinkwasser ist für uns alle lebenswichtig und unabdingbar. Mit dem vorliegenden Landkauf glauben wir an unsere Wasserfassungsanlagen und wollen an diesen festhalten, um auch in Zukunft davon profitieren zu können. Wenn wir heute zu diesem Landerwerb Ja sagen, haben wir auch in Zukunft ein gewichtiges Wort im unteren Belpmoos mitzureden, einem Gebiet, in welchem verschiedene Interessen kollidieren. Nach Ansicht der SP-Fraktion hat der Gemeinderat die heutige Situation gut beurteilt und will mit diesem Landerwerb eine Strategie verfolgen, welche wir vollumfänglich teilen können. Wie bereits erwähnt, sagt die SP-Fraktion Ja zur Wasserversorgung und somit Ja zum Landerwerb, welcher auch preislich nicht überrissen ist und eine gute Option bietet, wenn dereinst einiges anders als heute angenommen laufen würde. Mit diesem Kauf stellen wir grösstmöglich sicher, dass sich die Gemeinde Köniz nicht so schnell das Wasser abgraben lassen wird.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Auch die EVP/CVP/LdU-Fraktion unterstreicht die Wichtigkeit dieses Geschäftes ganz klar und stimmt diesem zu. Ich möchte sogar noch weiter gehen und gratuliere Herrn Gemeinderat Hans Siegenthaler zu diesem Geschäft, denn es benötigte einiges an Beharrlichkeit, um das Geschäft so weit zu bringen, wie es hier vorliegt. Ebenfalls lobend zu erwähnen ist im Antrag das Aufzeigen der Risikoszenarien. Ich wünschte, alle Aufträge wären so präzise ausgearbeitet. Ich empfehle dem Parlament, dieses Geschäft mit einstimmiger Annahme zu honorieren.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Parlament bewilligt einen Verpflichtungskredit von CHF 708'000.00 für den Erwerb von 17,5 ha Kulturland in der Schutzzone Selhofen von der Einwohnergemeinde Bern. Der Kaufpreis ist der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Rubrik 520.500.4301 (Grundwasserfassung Selhofen, Belp-Grundbuchblätter Nrn 183, 186, 1434, 1463, 2942, 2943, 2944 und 2961), zu belasten.

5. Motion SP betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0204; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Wir von der SP sind mit der Fristerstreckung einverstanden. Auch wenn der Preis inzwischen auf 100'000 Franken herunter gekommen ist, fragen wir uns immer noch, was denn an diesem Konzept so teuer ist, liegen doch beste Vorschläge von Biel und Bern vor, die man nur auf Köniz anpassen müsste. Wir sind auf das Resultat gespannt.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Danke Katrin Sedlmayer, dass du meinem Wunsch entsprichst, die Frist nochmals zu erstrecken. Ich habe dem Gemeinderat versprochen, im Herbst an die Arbeit zu gehen, damit wir die Kosten beurteilen können.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Frist für die Erfüllung der Motion SP (0204) betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz wird um 2 Jahre, d.h. bis 10. März 2007, verlängert.

6. Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0208; Präsidual- und Finanzdirektion

Herr Anton Riesen (FDP): Grundsätzlich können die Unterzeichnenden des Postulates der Fristerstreckung zustimmen. Die Tatsache, dass der Vorstoss am 10. März 2003 behandelt worden ist und sich die Angelegenheit mit dieser Fristerstreckung bis etwa ins Jahr 2007 hinaus ziehen wird, hat für mich aber einen etwas bitteren Nachgeschmack.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Frist für die Erfüllung des überparteilichen Postulates (0208) betr. Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates wird um zwei Jahre, d.h. bis 10. März 2007, verlängert.

7. Motion bzw. Postulat SP betr. Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen anpassen

Erfüllung und Abschreibung 0212; Präsidual- und Finanzdirektion

Herr Beat Deuber (SP): Die Situation ist für mich nicht ganz einfach, denn ich sass damals per Zufall neben Luc Mentha, als er diesen Vorstoss einreichte. Jetzt hat er ihn beantwortet und ich muss dazu Stellung nehmen. Die SP/JUSO-Fraktion ist einerseits glücklich, dass durch die geänderten Abschreibungssätze eine gewisse Entlastung realisiert wird, damit der Bilanzfehlbetrag zügig abgetragen werden kann. Wir sind auch der Meinung, dass die vorliegende Antwort dem Postulat formal gerecht wird, haben aber doch noch zwei, drei Fragen. Ein Hauptanliegen der damaligen Motion - die als Postulat überwiesen wurde - war die Prüfung einer Ausgliederung der Liegenschaftsverwaltung in eine öffentlichrechtliche Gemeindeunternehmung und dazu - liest man die Antwort des Gemeinderates - findet man nicht viel mehr als einen Satz, man habe es geprüft und verworfen. Vielleicht kann uns der Gemeinderat hier noch gewisse Antworten geben. Nichtsdestotrotz sind wir damit einverstanden, das Postulat heute abschreiben zu lassen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Es ist in der Tat eine sonderbare Situation, da ich inzwischen in die Exekutive gewechselt habe. Einleitend kann ich erklären, dass mein damaliger Vorstoss bezwecken wollte, im Bereich der Abschreibungspolitik Veränderungen prüfen zu lassen, welche einen Beitrag zur Gesundung der Gemeindefinanzen leisten. Wie im Antrag an euch dargelegt, hat der Gemeinderat in der Folge ein entsprechendes Gesuch beim Kanton eingereicht, diese Abschreibungssätze während einiger Jahre anzupassen. Diesem Gesuch wurde stattgegeben, und somit ist der Beitrag im Bereich der Abschreibungspolitik geleistet und der Vorstoss in seinem Hauptzweck erfüllt. Im Bereich der Gründung einer "StaBe" (Stadtbauten Bern) muss ich einräumen, dass meine ursprüngliche Einschätzung als Parlamentarier nicht mehr meiner jetzigen entspricht, ich führte auch verschiedene Gespräche mit Verantwortlichen aus dem Umfeld der "StaBe" und dabei musste ich feststellen, dass für die Gründung dieser Anstalt die ganze Frage der Veränderung der Abschreibungspolitik nicht das Herzstück war. Aus diesem Grund und auch weil meine Einschätzung jene ist, dass der Übertrag dieses Modells auf Köniz nicht ein eindeutiges Bild ergibt, habe ich die ganze Geschichte als Gemeindepräsident nicht weiter vorangetrieben und mich darauf beschränkt, das zu akzeptieren, was mit dem Gesuch an das AGR auf Änderung der Abschreibungssätze während einiger Jahre erreicht wurde.

Herr Harald Henggi (FDP): Eine kleine Präzisierung zum Bericht selber: Die Motion Hänni im Grossen Rat ist nicht ganz richtig wiedergegeben worden. Sie beinhaltete zwei Elemente, das erste war, auf Gesuch hin die Möglichkeit zu haben, vorübergehend reduzierte Abschreibungssätze zu verwenden - was Köniz macht - und zweitens wurde eine Prüfung auf die Auswirkung der linearen Abschreibung versus die betriebswirtschaftliche Nutzungsdauer verlangt. Die hier vorliegende Antwort trifft auf die Fragen der Motion zu.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion SP (0212) betr. Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen anpassen wird als erfüllt abgeschrieben.

8. Motion Deuber/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Anschaffung „Tageskarte Gemeinde“ SBB

Erfüllung und Abschreibung 0309; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Wir danken dem Gemeinderat, dass er den Verkauf der Tageskarten über die Gemeindeverwaltung ermöglichte, was nicht selbstverständlich ist. Wie die Antwort des Gemeinderates zeigt, entspricht der Verkauf der Tageskarten einem echten Bedürfnis und wir freuen uns, dass er mit unserem Vorstoss für unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben konnte. Erfreulich ist auch die Auslastung von über 99 Prozent - damit ist sicher auch der personelle Aufwand der Gemeinde gedeckt - und dass noch weitere fünf Karten (total 17 Karten/Tag) per Anfang Mai angeschafft werden. Keine Freude haben wir jedoch daran, dass die SBB nicht mehr bereit sind, dieses Geschäft den Quartierleuten, Ortsvereinen und anderen Organisationen zurück zu geben, diese konnten nämlich von den Einnahmen profitieren, da sie die ganze Arbeit ehrenamtlich getätigt haben. Die Gemeinde wird hingegen durch die SBB gezwungen, ein Geschäft zu übernehmen, das nicht zu ihren Aufgaben gehört und für sie personellen Mehraufwand bedeutet. Wir würden bevorzugen, diese Einnahmen den Vereinen und Quartierleuten zu überlassen.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Motion Deuber/Sedlmayer (0309) betr. Anschaffung "Tageskarte Gemeinde" SBB wird als erfüllt abgeschrieben.

9. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Schulwegsicherung Haltenstrasse

Erfüllung und Abschreibung 0321; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke auch hier dem Gemeinderat, dass er die Temposignalisation auf der Haltenstrasse im Sinne unseres Vorstosses vereinheitlichen liess und auch für die Einführung von Tempo 30 in den Quartierstrassen, das war die Voraussetzung für die Erfüllung unseres Vorstosses. Für die Auto Fahrenden ist somit sicher eine klare Situation geschaffen und die Schulwegsicherheit verbessert worden. Der einzige Schwachpunkt ist die Postautolinie nach Oberbalm, denn es kann schlecht gekreuzt werden, da die Postautos breit sind. Das bringt aber den Vorteil mit sich, dass der Verkehr verlangsamt wird. Ich hoffe trotzdem, dass die Einhaltung von Tempo 30 kontrolliert wird. Ich erkläre mich mit der Abschreibung des Postulates einverstanden.

Herr Markus Stähli (SVP): Ich habe hiezu eine kleine Zwischenfrage: Wir wissen, dass in Oberscherli das Kreuzen des Postautos mit einem Lastwagen auf einer 5 Meter breiten Strasse nicht befriedigend ist. Nun kam uns zu Ohren, dass der Postautokurs abgeschafft werden soll. Wurde diese Abschaffung aus Sicherheitsgründen oder der Nichtrentabilität wegen ins Auge gefasst?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Dass der Betrieb dieser Linie eingestellt werden soll, ist noch nirgends beschlossen, diese Meldung konnte/musste der Presse entnommen werden. Frau Regierungsrätin Egger hatte erklärt, wenn der Bund dem Kanton Beiträge streichen würde, müsse gespart werden, und die Aufhebung dieser Linie wäre eine der Möglichkeiten. Wir werden aber, sollte wirklich eine Einstellung dieser Buslinie konkret werden, für deren Erhalt kämpfen, denn uns scheint die Verbindung vor allem für die Schüler wichtig zu sein.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Postulat SP/JUSO-Fraktion (0321) betr. Schulwegsicherung Haltenstrasse wird als erfüllt abgeschrieben.

10. Motion Wyss betr. Richterliches Verbot Eichholz

Beantwortung 0416; Polizeidirektion

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Motion, erkläre mich allerdings aus folgenden Gründen davon enttäuscht: In fünf Punkten legt der Gemeinderat dar, warum er nichts ändern will. Beim ersten Punkt geht es um die Beruhigung: Dass sich die Lage im Eichholz beruhigt hat, hat meiner Meinung nach nichts mit dem Nichterteilen von Sonderbewilligungen zu tun, sondern ganz einfach mit den getroffenen Verkehrsmassnahmen und dem Einsatz der Broncos-Sicherheitsleute. Der zweite Punkt heisst kurz zusammen gefasst: Wenn jeder käme und eine Sonderbewilligung für einen Verpflegungsstand wollte... Dieses Argument sticht nicht, weil die Gemeinde ja für die Erteilung von Sonderbewilligungen zuständig ist, deren Anzahl also selber in der Hand hätte. Abgesehen davon glaube ich nicht, dass eine Flut von Anfragen ausgelöst würde, bis jetzt war dies erst einmal der Fall. Vor allem scheint es mir suspekt, dass hier von Ständen gesprochen wird, in meiner Forderung steht nichts davon. Die Gemeinde könnte ja festlegen, dass explizit Verkaufsstände nicht genehmigt werden. Somit ist meiner Meinung nach auch der dritte Punkt entkräftet, denn ein fliegender Verkäufer benötigt keine Infrastruktur wie Wasser- oder Stromanschlüsse usw. Ich habe mir nie vorgestellt, dass es im Eichholz so aussehen soll wie an einem Bernfest mit X Imbiss- und Getränkeständen, das will auch niemand. Ich möchte ganz einfach, dass während des Tages auf der Liegewiese im Eichholz z.B. Glacé, Getränke oder kleine Snacks verkauft werden könnten. Ich bin übrigens nicht allein, es wurde ja eine Petition mit 116 Unterschriften eingereicht. Auch den vierten Punkt kann ich leider nicht nachvollziehen. Wie ich gerade vorher gesagt habe, muss es ja nicht ein Stand sein. Es ist schon ein bisschen übertrieben und auch lächerlich zu sagen, dass der Verkauf von Essen und Trinken die Anwohner belästige. Jetzt noch zum Restaurant: Klar gibt es dieses und es ist auch gut so, aber de facto hat das Restaurant ein Monopol, was dem viel beschworenen freien Markt überhaupt nicht entspricht. Die Konsumenten im Eichholz können nicht wählen, aber ein bisschen Konkurrenz würde nicht schaden, vielleicht würde das Angebot sogar besser. Im Marzili zum Beispiel funktioniert dieses Nebeneinander bestens. Ich komme zum Schluss: Ich finde es wirklich schade, dass der Gemeinderat das Eichholz so unattraktiv wie möglich machen will. Ein so schönes Gebiet, wie es das Eichholz ist, ist doch wirklich ein Glück für die Gemeinde und die Gäste. Ich höre immer wieder, gerade auch von ausländischen Gästen, wie einmalig sie diese Anlage und das Baden in der Aare finden.

Herr Alfred Arm (SP): Ich kenne die Situation im Eichholz auch und finde, man könne guten Gewissens etwas fürs Kleingewerbe tun. Im Marzilibad ist es möglich, bei mobilen Verkäufern oder diversen Ständen auf der Liegewiese etwas zu erstehen, dadurch entsteht keine Unruhe. Mir scheint es auch sinnvoll, mit dem mobilen Verkauf auf der Liegewiese etwas Konkurrenz ins Eichholz zu bringen.

Frau Stephanie Staub (SP): Ich bin auch Mitunterzeichnende, dachte aber hier an etwas Anderes: An die Möglichkeit von Verkäufen auf dieser Liegewiese durch junge Leute, welche damit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen würden, oder auch an ein Arbeitslosenprojekt, denn solche Geschäfte laufen während der Sommerzeit sehr gut. Früher bestand ein solches Projekt zwischen dem Marzilibad und dem Eichholz. Die Gemeinde hat ja die Möglichkeit, solche Angelegenheiten mit entsprechenden Bewilligungen restriktiv zu handhaben.

Herr Hugo Staub (SP): Um nachher das Abstimmungsverhalten der SP-Fraktion verständlich zu machen, muss ich erklären, was andere aus der Fraktion zu diesem Thema gedacht haben: Wir sind uns alle einig, dass das Eichholz ein wunderbarer Ort ist und in jüngerer Vergangenheit Fortschritte in der Beruhigung erzielt worden sind. Dass aber auch an einem solch schönen Ort Konflikte entstehen können, ist unbestritten, so unter anderem zwischen dem Hochbetrieb im Sommer und dem Ruhebedürfnis der Anwohnenden. Wenn hier im Parlament darüber diskutiert worden ist, wurde festgestellt, dass wir ziemlich in Verlegenheit geraten sind, vernünftige Vorschläge anbringen zu können, welche nicht gleich in Richtung eines Überreagierens gingen. Aus dieser Überlegung heraus ist die Mehrheit der SP-Fraktion der Ansicht, dass nichts gemacht werden sollte, das in die falsche Richtung wirkt. Es ist nicht richtig, auf die 116 Unterzeichnenden allein zu hören, denn viele schätzen diesen Ort auch gerade deswegen, weil er keine Kommerzialisierung aufweist.

Mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Motion Wyss (0416) betr. Richterliches Verbot Eichholz wird abgelehnt.

11. Motion Wyss betr. Fahrverbot mit Zubringerdienst für das Eichholzquartier

Beantwortung 0417; Polizeidirektion

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich danke auch hier dem Gemeinderat für seine Antwort und - im Gegensatz zu ihm - erkläre ich mich mit der Antwort und dem Antrag einverstanden. Wie ihr wisst, wohne ich im Eichholzquartier und stellte letzten Sommer selber fest, dass der Parkplatz-Suchverkehr stark zugenommen hatte. Um dies einzudämmen, ist ein Fahrverbot für Autos mit Zubringerdienst für Anwohner sowie Restaurant- und Campingbesucher - dieser Meinung ist auch der Gemeinderat - sicher eine gute Massnahme. Die vorgeschlagenen Standorte für die Signalisation sind meiner Meinung nach ebenfalls gut. Einige von euch werden sagen, dies sei ein Verbot mehr, das nicht kontrolliert werden könne, bzw. x-Mal nicht eingehalten werde. Natürlich macht ein Verbot ohne Kontrolle wenig Sinn, und der Gemeinderat ist sich dem bewusst; ich hoffe aber, dass dessen Worten - sprich Kontrollen - auch Taten folgen werden. Ein Fahrverbotsschild eingangs Quartier hält sicher einen grossen Teil der Autofahrer davon ab, im Quartier nach einem Parkplatz zu suchen, und ich zähle auf den Lerneffekt und den gesunden Menschenverstand. In diesem Sinn bin ich optimistisch, dass das Eichholz-Quartier mit der vorgeschlagenen Massnahme vom Suchverkehr entlastet werden kann. Ich bitte euch, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Motion anzunehmen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Diese Motion verfolgt das gleiche Ziel wie der Gemeinderat, nämlich das Eichholz-Quartier zu beruhigen. Es ist klar, dass wir nicht Nonstop kontrollieren können, Kontrollen werden aber sicher den personellen Möglichkeiten der Abteilung gemäss vorgenommen. Wir wissen alle, dass ein Verbot einige vom Suchverkehr abhält und erwarten, dass mit den vorgeschlagenen Massnahmen weniger Autos im Eichholz-Quartier auf Parkplatzsuche verkehren werden. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen.

Frau Barbara Mooser (FDP): Ursula, wir sind nicht derselben Meinung. Vor Jahren - als Wabern noch "Ampliwil" hiess - standen solche Fahrverbote an vielen Strassen und wer Wabern kennt, weiss, dass diese Verbote halb Wabern betrafen. Mich nimmt Wunder, wie die Einhaltung der Verbote kontrolliert werden kann, denn schon damals wurden etliche Schleichwege gefunden und benutzt. Ich weiss, das Problem mit der Parkplatzsuche im Eichholz ist gross, aber ich finde, Fahrverbote sind keine Lösung, weil man dem Kontrollierenden immer erklären kann, man wolle auf den Friedhof oder zum Altersheim fahren. Mein Vorschlag besteht darin, die Fahrverbotstafeln weiter nach unten - von der Viktoriastrasse an - zu setzen, denn die oberen Strassen werden viel mehr befahren, weil z.B. das Weyergut überbaut worden ist. Für mich ist das Ganze eine Alibiübung und ich kann nicht begreifen, dass der Gemeinderat die vorgeschlagene Lösung eine wirkungsvolle Massnahme nennt. Im Matte-Quartier in Bern stehen auch solche Verbote, geht aber einmal schauen, wie viel Verkehr dort ist. Für mich ist es eine Alibiübung, und aus diesem Grund lehnt auch die FDP/jfk-Fraktion die Motion ab.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Wenn wir argumentieren, dass alles, was nicht zu Hundert Prozent kontrolliert werden kann, eine Alibiübung ist, müssten auch die Geschwindigkeitsbeschränkungen aufgehoben werden. Immerhin ist jeder Autofahrer, der wegen der Verbotstafel nicht weiterfährt, einer weniger, und dann ist es bereits keine Alibiübung mehr.

Herr Hugo Staub (SP): Wir lehnten die vorhin behandelte Motion mit der Begründung ab, sie wirke im Konflikt zwischen dem Betrieb im Eichholz im Hochsommer und dem Ruhebedürfnis der Einwohnenden in die falsche Richtung. Das Anliegen, welches hinter der vorliegenden Motion steckt, wirkt in die richtige Richtung, und wir werden sie unterstützen. Es ist - so denke ich - nicht gleich zu gewichten, ob ein Problem ganzjährig oder saisonal besteht, und die Zubringerdienst-Regelung bietet eine gute rechtliche Grundlage, um in jenem Moment, in welchem das Problem hauptsächlich auftritt, mit dem entsprechenden Hintergrund handeln zu können.

Mit 19 zu 17 Stimmen fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Motion Wyss (0417) betr. Fahrverbot mit Zubringerdienst für das Eichholzquartier wird erheblich erklärt.

12. Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0420; Direktion Gemeindebauten

Herr Anton Riesen (FDP): Gemäss dem Motto "im Westen nichts Neues", sind die FDP-Fraktion wie auch die KMU-Betriebe enttäuscht über die allzu sture Antwort des Gemeinderates auf unsere mit dem Postulat gestellten Fragen. Grundsätzlich hätten wir ein wenig mehr Phantasie erwartet. Mögliche und unmögliche Gesetze und Vorschriften, die heute bestehen in allen Ehren, aber es besteht immer noch Platz für Möglichkeiten, dem Könizer Gewerbe entgegen zu kommen. Im Detail z.B. zu Frage 3: "Eine schwarze Liste existiert nicht", d.h. mit anderen Worten, dass es wichtig ist, der Billigste zu sein. Wo ist der Qualitätsgedanke, respektive ein gewisser Berufsstolz unserer Gemeindeverwaltung gegenüber dem Könizer Gewerbe, dem Handwerk und den Dienstleistungsbetrieben geblieben? Zu Frage 5: Auch hier ist die Beantwortung, wie man so schön sagt, "kurz und mutz", Ueli Studer lässt grüssen. Zu Frage 9: Bei dieser Antwort kommt so richtig zum Zug, was die KMU Köniz unserer Gemeinde zeitweise Wert sind. Ohne irgendwelchen Ansatz werden die KMU Köniz hier beiseite gestellt. Abschliessend konnte ich der ganzen Angelegenheit entnehmen, dass es eine so genannte "Erfahrungsgruppe Submission" gibt, ich weiss aber nicht genau, wie diese zusammen gestellt ist, hier wäre aber die Gelegenheit vorhanden, ein neutrales KMU-Mitglied einzubeziehen. Die Gemeinde ist nach wie vor nicht bereit, einen spezifischen Kriterienkatalog zu erstellen, der im Toleranzbereich von Vorschriften und Gesetzen absolut möglich wäre. Aus den genannten Gründen ist die FDP/jfk-Fraktion gegen die Abschreibung des Postulates.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Diese Fragen sind seit Jahr und Tag bekannt und ich glaube nicht, dass die Verwaltung und der Gemeinderat die KMU ignorieren. Anton Riesen weist darauf hin, dass es um Phantasie geht, das ist aber hier nicht die Frage. Der Wettbewerb, welcher stattfindet - nicht nur in der Gemeinde Köniz - ist ein ehrlicher und redlicher, und wir dürfen keine schwarzen Listen führen, das ist ganz klar. In diesen Verfahren prüfen wir genau, auch mit paritätischen Kommissionen, mit Gewerkschaften, von welchen wir die entsprechenden Antworten erhalten. Es ist nicht so, dass nur der billigste Preis über Vergabungen entscheidet, sondern die Offerten werden seriös überprüft. Bei den öffentlichen Verfahren sowieso und in den Einladungsverfahren sind die eingeladenen Firmen bekannt, das sind solche, bei welchen uns keine Verstösse gegen die Vorgaben bekannt sind. In Einladungsverfahren kommen die Könizer KMU sehr oft zum Zug, alle Gewerbetreibenden in Köniz wissen das. Die bestehende Erfahrungsgruppe ist bestückt aus allen Direktionen der Gemeindeverwaltung, es ist ein Ordner vorhanden, in welchem steht, wie die Verfahren zu gestalten sind. Die bestehenden übergeordneten Regelungen - internationale, von Bund und Kanton - müssen wir einhalten. Beginnen wir, noch andere Kriterien einzuführen, bewegen wir uns ausserhalb dieser Regelungen, und das kann nicht in eurem Sinn sein. Ich behaupte, dass der Wettbewerb in Köniz sehr gut läuft, vor allem seit wir mit dem VRB zusammen arbeiten. Gut läuft auch der Erfahrungsaustausch, welcher sehr gepflegt wird. Jetzt wird auf Bundesebene das Binnenmarktgesetz kommen, was wiederum neue Vorschriften bedeutet. Ich hoffe, dass der Bund endlich regeln wird, wie Submissionsverfahren in den Gemeinden laufen müssen. So lange wir dieses Gesetz jedoch noch nicht haben, bin ich froh um all jene Lösungen, die wir gemeinsam mit dem VRB treffen konnten.

Mit grossem Mehr für die Annahme und mit 19 zu 18 Stimmen gegen die Abschreibung fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Postulat FDP (0420) betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz wird erheblich erklärt.

13. Postulat Salvisberg betr. Sanierung / Korrektion Schwarzenburgstrasse

Beantwortung 0422; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulates und möchte gleichzeitig anfügen, dass ich als einziges Parlamentsmitglied in der Begleitgruppe Schwarzenburgstrasse Einsitz genommen habe. Ich habe dieses Postulat nicht nur für mich eingereicht, sondern auch für einen Teil des Parlamentes, damit dieses einmal Einblick in die komplizierte Sanierung der Schwarzenburgstrasse hat. Das Fazit aus den erhaltenen Antworten: Der Gemeinderat ist nicht gewillt, auch nur geringfügige Änderungen an den Betoninnensegmenten der Kreisel vorzunehmen. Ich werde dem Antrag des Gemeinderates mit sehr wenig Freude Folge leisten.

Mit 22 gegen 12 Stimmen für die Annahme und mit 35 Stimmen - ohne Gegenstimme - für die Abschreibung fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Postulat Salvisberg (0422) betr. Sanierung / Korrektion Schwarzenburgstrasse wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

14. Interpellation jfk betr. Radarfallen auf privatem Grund

Beantwortung 0426; Polizeidirektion

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Vor dem Einreichen meines Vorstosses habe ich mich bei der Polizeiabteilung nach einer Regelung bezüglich dem Aufstellen von Radarfallen auf privatem Grund erkundigt, dort wollte aber niemand etwas von einer solchen wissen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

15. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Alteisen-Geld

Beantwortung 0430; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Claudia Egli (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Ich bin erstaunt, dass in unserer Gemeinde nicht mehr Alteisen entsorgt werden muss als die in der Antwort genannten 207,7 Tonnen. Ich hätte mit mehr gerechnet. Was aber überrascht, sind die in der Antwort aufgeführten Beträge, diese gehen für mich nicht ganz auf. Es heisst, drei Firmen seien auf etwa demselben Preisniveau und man habe für 2004 einen durchschnittlichen Wert genommen. Etwas stimmt aber nicht ganz mit jenen Preisen überein, die ich erhalten habe. Anhand der internationalen Marktpreise für das Jahr 2004 hätten wir in der Gemeinde Köniz doppelt so viel Geld verdienen müssen wie in der Antwort aufgeführt wurde. Auch wenn wir von einem Betrag von lediglich 8'700 Franken sprechen, wäre es nichtsdestotrotz doppelt so viel gewesen, und auf 10 Jahre hinaus würde dies einen schönen Betrag ergeben. Ich habe eine Offerte für 2005 zur Hand, welche uns wirklich doppelt so viel Geld einbringen würde. Ich gebe sie Urs Wilk mit der Bitte, sie an die entsprechende Stelle weiterzuleiten.

Die Interpellantinnen erklären sich von der Antwort befriedigt.

16. Sitzordnung Parlament

Parlamentsbüro

Die Parlamentspräsidentin: Hier handelt es sich nicht um ein Geschäft des Gemeinderates, sondern dieses wird durch das Parlamentsbüro vorgelegt. Nachdem mehrmals der Wunsch geäußert wurde, dass die bestehende Sitzordnung in einem gewissen Rhythmus geändert werden solle, haben wir nun einen Vorschlag auf dem Tisch.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich stelle den Antrag, dieses Geschäft auf das nächste Jahr - nach den Wahlen vom November - zu verschieben, dann kann das neu zusammen gestellte Parlament dazu Stellung nehmen.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Erstens unterstütze ich den Antrag von Bernhard Bichsel auf Verschiebung, denn es ist besser, wenn die nächsten Parlamentsmitglieder - hoffentlich möglichst noch dieselben - die Sitzordnung bestimmen und zweitens finde ich den uns vorgelegten Vorschlag für die Änderung der Sitzordnung nicht sehr gut.

Dem Antrag auf Verschiebung des Geschäftes bis nach den Wahlen im November 2005 wird grossmehrheitlich zugestimmt.

17. Köniz wird Standort des Swisscom Business Park Köniz“

Mündliche Orientierung; Gemeindepräsident

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Vor genau einem Monat sind nach langen und nervenaufreibenden Verhandlungen sämtliche Verträge zur Realisierung des Swisscom Business Park Köniz in einem Berner Notariatsbüro unterzeichnet worden. Die entsprechende Medienmitteilung ist euch separat zugestellt worden. Der Gemeinderat freut sich, dass mit Swisscom eine schweizweit bekannte Unternehmung mit guten Zukunftsaussichten Ende 2006 nach Köniz kommt. Wie ist dieser Entscheid zustande gekommen?

Die Gemeinde Köniz hat der Pensionskasse gehörendes Land zur Verfügung stellen können und mit diesem Mittel erfolgreich Wirtschaftsförderung betrieben. Eine Planungsgemeinschaft rund um die Losinger Constructions AG erhielt gestützt auf eine Vereinbarung, welche von Henri Huber entwickelt wurde, das Exklusivrecht zur Vermarktung des Areals. Mit klaren Parametern und Zielsetzungen, aber auf eigenes Risiko, hat die Losinger Constructions AG mit Herrn Orazio Galfo als Projektleiter am Markt das Projekt in unermüdlichem Einsatz erfolgreich realisiert. Die Planungsgemeinschaft konnte auf die tatkräftige Unterstützung der Gemeinde zählen. Walo Hänni hat sich stark für das Projekt engagiert. In seinem Windschatten hat die Könizer Bauverwaltung ganze Arbeit geleistet und die Bewilligung für eines der grössten aktuellen Bauvorhaben im Kanton in der rekordverdächtigen Frist von rund neun Monaten bis zum Entscheid vorbereitet. Der Gemeinderat hat die Verhandlungen und Gespräche mit der Swisscom in einem offenen Klima gut gestalten können, und es ist uns gelungen, die Vorteile unserer Gemeinde als Standort für Unternehmen einleuchtend zu „verkaufen“. Bei diesen Verhandlungen wurden seitens des Gemeinderats keine steuerlichen Sonderzugeständnisse gemacht. Die Verkehrserschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ist rund um den Business Park Köniz hervorragend, in 5 Minuten Fussweg befinden sich vier Linien, und die Fahrzeit bis zum Bahnhof Bern beträgt rund 10 Minuten. Pro Stunde fahren in den Stosszeiten 30 Kurse. Der ESP Köniz-Liebefeld ist einer der best erschlossenen Entwicklungsschwerpunkte im Kanton Bern. Der Gemeinderat wird sich aber der zusätzlichen Herausforderung im Bereich Verkehr stellen, und wir werden Hand bieten, wenn das Erschliessungsangebot verdichtet oder weiter ausgebaut werden muss. Entsprechende Demarchen zur Überprüfung des Angebots des öV sind beim Kanton und bei der RVK bereits eingeleitet worden. Welche Auswirkungen haben der Umzug der Swisscom Mobile AG und weiterer Gruppengesellschaften der Swisscom auf die Gemeinde Köniz? Die Einwohnergemeinde Köniz (Pensionskasse des Personals) hat im Jahr 1997 die Parzelle an der Waldeggstrasse erworben. Der Verkauf des Grundstücks an die Credit Suisse, die darauf den Swisscom Business Park Köniz erstellen wird, ist für die Pensionskasse ein gutes Geschäft und wird sie langfristig finanziell stärken. Der erzielte Gewinn ist hinsichtlich seines Umfangs u.a. deshalb bedeutend, weil unsere Pensionskasse als unselbstständige Körperschaft operiert (Stichwort Steuern). Durch den Umzug der Swisscom Mobile AG und weiterer Gruppenunternehmen der Swisscom in die Gemeinde Köniz erhöht sich die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in der Gemeinde um mindestens 10%.

Das Bauvolumen des Business Parks Köniz umfasst ohne Landwert rund 80 Millionen Franken und ist nach dem Projekt Wankdorfstadion eines der grössten Bauvorhaben, das gegenwärtig in der Region Bern realisiert wird. Verschiedene lokale Unternehmen werden an der Ausführung der Bauarbeiten beteiligt sein. Die Firma Messerli AG besorgt die Aushubarbeiten, die Baufirma Bill AG aus Wabern einen grossen Teil der Baumeisterarbeiten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Selbstverständlich bedeutet der Zuzug der Swisscom Mobile für die Gemeinde Köniz auch eine wichtige und willkommene zusätzliche Steuerkraft. Der Umfang des gewonnenen finanziellen Handlungsspielraums ist zur Zeit ungewiss. Der Gemeinderat

wird trotz dieser voraussichtlich erfreulichen finanzpolitischen Entwicklung nicht von seinem Ziel abrücken, die Konsolidierung des Gemeindehaushalts zu erreichen. Köniz erfährt im Zentrum mit dem Zuzug der Swisscom die vom Gemeinderat angestrebte Attraktivitätssteigerung. Das Zentrum, aber auch die ganze Gemeinde Köniz, wird in naher Zukunft Menschen anziehen, die hier arbeiten und leben wollen, ihnen können wir mit attraktiven Wohnüberbauungen an gut erschlossenen Lagen etwas bieten; die Überbauungen im Dreispitz, unmittelbar neben der neuen Parkanlage, und diejenige im Bereich Neumatt-Weissenstein sind nur zwei Beispiele dafür. Auch an anderen Orten in unserer Gemeinde entstehen gegenwärtig hervorragende Wohnüberbauungen, so im Morillon, im Schwandenhubel, im Weyergut, in Oberwangen und in Gasel, um nur einige zu nennen. Der Abschluss dieses Geschäftes nach einem harten Wettbewerb unter mehreren Standorten ist für den Gemeinderat ein grosser Erfolg, der sich längerfristig positiv auf die Entwicklung der Gemeinde Köniz auswirken wird. Diese erfreulichen Perspektiven sollen uns nicht zum Übermut verleiten, sondern bei der Entwicklung des Service Public – der Ausgestaltung der Dienstleistungen für die Bevölkerung – weiterhin bescheiden und zurückhaltend bleiben lassen.

Der Gemeinderat erachtet die Ansiedlung der Swisscom in Köniz als Chance für die Gemeinde, aber auch als Herausforderung für die politischen Behörden sowie für die Verwaltung, sie soll sich auch weiterhin als effiziente Anbieterin von Dienstleistungen und Partnerin für einen offenen Austausch profilieren. Es ist der feste Wille des Gemeinderates, dazu beizutragen, dass die Swisscom auf lange Jahre hinaus in Köniz Wurzeln schlägt. Er strebt deshalb eine langfristige Partnerschaft an und wird Hand bieten zu partnerschaftlichen Lösungen in verschiedenen Bereichen.

18. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0504 Motion Wyss (LdU) betr. „Köniz Innerorts“

0505 Überparteiliche Motion Troxler (SP), Maibach (GB), Lagger (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz

0506 Interpellation Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Erfolgskontrolle zur neuen Verkehrsführung im Zentrum

0507 Interpellation Antenen (SP/JUSO) betr. Strompreise in Köniz

0508 Motion Graber (SP/JUSO) betr. „Rauchfreies Köniz“

0509 Interpellation SVP betr. Altersplanung / Dezentrale Pflegewohngruppen

0510 Interpellation CVP/EVP betr. Gebühren in der Gemeinde Köniz

511 Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil

Herr Christian Vifian (SP): Ich habe noch eine Frage zum Kreisel im Zentrum: Ist es richtig, dass - wie ich gehört habe - der Fussgängerstreifen beim Restaurant Sternen aufgehoben werden soll?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Du sprichst eine Versuchsanordnung an, die von der psychologischen Fakultät der Universität Zürich angeregt worden ist und durch ein Verkehrsplanungsbüro aus Zürich begleitet wird. Diese Studie heisst "Fussgängerstreifenlose Ortszentren". Man will versuchen, ob zwischen Fussgängern und Autofahrenden eine gewisse Zusammenarbeit entstehen kann, indem man die Fussgängerstreifen in Ortszentren entfernt und damit den Fussgängern nicht mehr à priori Vortritt gewährt. Der Vortritt auf den Fussgängerstreifen wurde vor einigen Jahren eingeführt, erweist sich aber als nicht in allen Teilen glücklich, und neue Lösungen werden angestrebt. Ein solches Szenario - keine Fussgängerstreifen mehr - löst Ängste aus, dessen sind wir uns bewusst, und wir haben zusammen mit dem kantonalen Tiefbauamt vereinbart, eine sehr intensive Information der Bevölkerung durchzuführen mittels Plakaten, Fahnen, Flyern, Infoveranstaltungen für Schulen und die Alterskonferenz wie auch das Gemeindepersonal.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich habe eine Anschlussfrage an Urs Wilk im Zusammenhang mit Swisscom Mobile: Von der Verkehrsgruppe Hessgut habe ich gehört, dass Eltern wegen dem erhöhten Verkehrsaufkommen an der Waldeggstrasse durch die Bautätigkeit und auch danach sehr besorgt sind; das gilt auch für die Überbauung Dreispitz an der Wabersacker-

strasse. Beides sind viel begangene Schulwege. Meine Frage ist nun, wie der Gemeinderat gedenkt, den Schulweg für die Kinder während und nach der Bauphase zu sichern. Existiert ein Konzept für Schulwegsicherung während der Bauphasen?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Dieses Problem ist bekannt und wird geprüft, betrifft aber nicht meine Direktion, sondern das ist eine polizeiliche Frage.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Mit dieser Frage haben wir uns befasst und nach den Osterfeiertagen wird - nach Absprache mit der Kantonspolizei - die Baustelle an der Waldeggstrasse optimal gesichert sein.

Herr Peter Antenen (SP): Ist es allenfalls möglich, die verschmierte Geschwindigkeitssignali-sation 60 km/h vis-a-vis Werkhof (Muhlernstrasse) zu ersetzen? Dort wurde aus der 6 eine 8 gemalt, weshalb von weitem und nachts auf den ersten Blick 80 km/h gesehen werden. Dies könnte mit einer kleinen Massnahme korrigiert werden.

Frau Sandra Deutsch (FDP): Ich habe folgendes Anliegen: Die FDP Köniz musste der durch den Gemeinderat vorgenommenen Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeinderates via Publikation im Anzeiger rund um Bern vom 12. Januar 2005 Kenntnis nehmen. Art. 4 Abs. 3 wurde geändert und unserer Partei das II. Vizepräsidium gestrichen. Die FDP Köniz nimmt diese Änderung mit ausserordentlich grossem Bedauern zur Kenntnis, weil wir der Meinung sind, dass uns als drittgrösster Partei der Gemeinde das II. Vizepräsidium zustehen würde. Wir haben davon abgesehen, eine Gemeindebeschwerde einzureichen, weil es uns fern lag, aus dieser Angelegenheit eine Staatsaffäre zu machen, nahmen aber diesen Vorfall zum Anlass, die Geschäftsordnung des Gemeinderates genauer unter die Lupe zu nehmen. Uns ist einiges aufgefallen, insbesondere Art. 2 in Verbindung mit Art. 25, wo es darum geht, dass der Gemeinderat nur dann beschlussfähig ist, wenn 6 Mitglieder, bzw. wahlfähig, wenn 7 Mitglieder an den Sitzungen anwesend sind; bei fehlender Beschluss- und Wahlfähigkeit würde Art. 25 zur Anwendung kommen, der nichts anderes bedeutet, als dass der Gemeinderat, wenn er nicht beschluss- oder wahlfähig ist, die Protokolle im Nachhinein schriftlich genehmigen lassen muss, d.h. der Protokoll Führende muss Zustimmungserklärungen einholen und dies im Protokoll erwähnen. Die Geheimhaltungspflicht der Gemeinderatsprotokolle lässt hier nicht gross Spekulationen zu, man stellt sich aber doch die eine oder andere Frage, was geschehen wäre, wenn z.B. bei wichtigen Budgetbeschlüssen zwei Gemeinderatsmitglieder gefehlt hätten und eventuell eine Zustimmungserklärung nicht eingeholt worden wäre; dann hätten wir hier über ein nicht gültiges Budget abgestimmt. Ich bin mir bewusst, dass wir im Parlament in einem Beweisnotstand sind, weil die Gemeinderatsprotokolle nicht für unsere Augen bestimmt sind, aber trotzdem könnte eine solche Möglichkeit bestehen. Man kann sich auch noch folgendes überlegen: Gewisse Gemeinderatsmitglieder könnten ja bewusst Sitzungen fernbleiben, wenn nicht genehme Geschäfte traktandiert sind. Das sind aber alles nur Spekulationen, und ich bin mir bewusst, dass das Parlament nichts zur Geschäftsordnung des Gemeinderates zu sagen hat. Die FDP-Fraktion verlangt aber trotzdem, dass diese Geschäftsordnung, wenn schon - denn schon, nicht nur in diesem einen kleinen Punkt - dem II. Vizepräsidium - geändert, sondern insgesamt angepasst wird. Wir verlangen, dass bis 30. Juni 2005 eine entsprechende Vollzugsmeldung vorliegt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Traktandum "Verschiedenes" ist doch immer wieder sehr interessant. Ich nehme gerne Stellung zur Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates: Das II. Vizepräsidium wurde tatsächlich aufgehoben, denn diese Bestimmung stammt aus dem Jahr 1969, als der Gemeinderat noch aus 11 - meist nebenamtlichen - Mitgliedern bestand. Diese Bestimmung hat sich nun mit dem Siebner-Gremium überlebt, das Amt des II. Vizepräsidiums ist nicht notwendig, denn es wurde nie in Anspruch genommen. Im Zeitalter der neuen Kommunikationsmittel wie E-Mail, Handy oder Internet ist man heute auch wesentlich handlungsfähiger als vor 35 Jahren. Das II. Vizepräsidium kostete aber 1'000 Franken im Jahr und ein Amt, für welches eine Entschädigung bezahlt wird, aber nie in Anspruch genommen wird, ist dies ein Ausgabeposten, der hinterfragt werden muss. Dieser alte Zopf wurde aus finanziellen Gründen abgeschnitten. Ich bin froh und danke der FDP, dass daraus keine Staatsaffäre gemacht wird. Die Geschäftsordnung wurde im Gemeinderat schon mehrere Male beraten, und ein neuer Entwurf besteht. Dieser ist aber momentan zurückgestellt, weil wir im Moment - neben anderen Projekten - die Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates beraten. Wir haben den Eindruck, dass nun zuerst dieses Projekt abge-

geschlossen werden muss, bevor wir an die Geschäftsordnung des Gemeinderates gehen. Zur Bemerkung betreffend der Bestimmung, dass 6 Mitglieder anwesend sein müssen, kann ich folgendes sagen: Das Quorum wird fast immer erreicht, wir haben im Gemeinderat eine sehr hohe Anwesenheitsdisziplin, in der Regel sind wir vollzählig. Ich weise noch auf das hin, was mir unsere Gemeindegemeinschaft mitgeteilt hat: In der Gemeindeordnung - einem klar übergeordneten Reglement - vom 16. Mai 2004 steht in Art. 64 eine allgemeine Bestimmung: "Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist". Diese Bestimmung geht somit der sehr alten in der Geschäftsordnung des Gemeinderates vor. Wir werden die Geschäftsordnung intensiv neu aufgleisen, sobald die Zeit reif ist.

Die Parlamentspräsidentin: Wir haben eine Einladung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erhalten. Am 16. und 17. September 2005 findet in Bern eine Versammlung mit dem Hauptthema "Stärkere Parlamente dank ständigen Kommissionen?" statt. Wer sich für diese Tagung interessiert, soll sich bei der Parlamentssekretärin melden.

Schluss der Sitzung 20.45 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher